

**Referat für Presse- und  
Öffentlichkeitsarbeit**

**Gianmarco Crapa  
Hendrik Unger**

Universitätsstr. 25  
33615 Bielefeld  
Raum: C1 - 154

Fon: 0521/106-3423  
Mobil: 01578/8918710  
Fax: 0521/106-6477

E-Mail: [presse@asta-bielefeld.de](mailto:presse@asta-bielefeld.de)  
[www.asta-bielefeld.de/presse](http://www.asta-bielefeld.de/presse)

**Sekretariat**

Carola Kayser  
Ilka Jannasch

Fon: 0521/106-3436  
Raum: C2 – 120

## **NRW: Rot-Grün revidiert Studiengebührenabschaffung**

### **Landesregierung missachtet Studierendeninteressen**

Die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW plant einen sozial ungerechten und nicht zukunftsweisenden Änderungsantrag zu ihrem eigenen Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Studiengebühren. Dem Allgemeinen Studierendenausschuß (AStA) der Uni Bielefeld liegt ein Änderungsantrag der Landesregierung vor, der scheinbar wie von Zauberhand nach dem Beschluss des NRW-Verfassungsgerichts vom 18.01.2011 aufgetaucht ist und drastische Einschnitte des im Vorfeld verhandelten Gesetzesentwurf beinhaltet. Studierendeninteressen wurden komplett ignoriert, gemachte Zusagen nicht eingehalten.

Der Änderungsantrag der Landesregierung hält an der Diskriminierung von Nicht-EU-Ausländer\_innen fest, die als einzige weiterhin unter Studiengebühren zu leiden haben werden. Weiterhin darf für künstlerische Studiengänge nunmehr eine Extra-Gebühr erhoben werden.

"Wenn die Landesregierung Studiengebühren als sozial selektiv erkannt haben möchte, ist völlig unklar, warum sie in einigen Fällen daran festhält und Minderheiten diskriminiert.", so Maxx Schneider (AStA-Vorsitzender Uni Bielefeld).

Die Kompensationszahlungen, die zum Ausgleich für den Wegfall der Studiengebühren an die Hochschulen fließen sollen, werden per Gesetz auf 249 Millionen festgeschrieben - wobei kirchlichen Trägern nichts zustehen soll. Die Forderung der Studierenden war, das die zusätzlichen Mittel vom Land mit der Zahl der Einschreibungen wächst und so wirklich ein adäquaten Ersatz zu den Studiengebühren geschaffen wird. Weiterhin soll der Verteilungskommission an den Hochschulen auch weiterhin nur eine beratende Funktion zugestanden werden, was ebenfalls der Forderung der Studierenden entgegensteht. An der Uni Bielefeld setzt sich das Rektorat regelmäßig über die Empfehlungen der Kommission hinweg und entscheidet so eigenmächtig und ohne demokratische Kontrolle über die Verteilung der Studiengebühren.

"Auch wenn sich die rot-grüne Koalition die Stärkung von studentischer Mitbestimmung auf die Fahne geschrieben hat, reproduzieren sie undemokratische Strukturen, die durch die Vorgängerregierung geschaffen wurden." sagt Lisa Brockerhoff, ebenfalls AStA-Vorsitzende an der Uni Bielefeld.

Es bleibt festzuhalten: Die Landesregierung hält sich nicht an mündliche Absprachen mit den Studierenden und stellt die Finanzierung von Hochschulen auf ein brüchiges Fundament. Der AStA der Uni Bielefeld fordert weiterhin die Abschaffung aller Bildungshürden- und gebühren, eine sichere Ausfinanzierung des Bildungssystems und paritätische studentische Teilhabe an allen sie betreffenden Entscheidung.

"Offensichtlich ist es Ziel der rot/grüne-Minderheitsregierung die Studiengebührenabschaffung scheitern zu lassen und somit Neuwahlen anzustreben.", so Matthias Orlikowski, AStA-Sozialreferent. "Alle in langwierigen Gesprächen mit Studierenden und Parteien getroffene Übereinstimmungen wurden über den Haufen geworfen.", so Orlikowski abschließend.